

Keine Lust auf Kastration

Die Politikwissenschaftlerin **Sonja Puntscher-Riekmann**, die ÖVP-Abgeordnete **Ulrike Baumgartner-Gabitzer** und der Sozialforscher **Bernd Marin** im Gespräch über die Zukunft der Frauenpolitik.

Fotos: **Walter Schreiner**

zeit_schritt: Frau Abgeordnete, sind die Frauen heute überhaupt noch benachteiligt? Brauchen wir noch Frauenpolitik?

Baumgartner-Gabitzer: Ich bin überzeugt, dass wir Frauenpolitik brauchen, weil Frauen im täglichen Leben noch immer benachteiligt werden. Dabei geht mein Verständnis von Frauenpolitik dahin, dass ich einfach grundsätzlich glaube, Frauen sollten auf allen Positionen, in allen Bereichen und Hierarchiestufen vertreten sein. Nur dann hat man wirklich gleiche Voraussetzungen.

Puntscher-Riekmann: Die Gesetzgebung muss Frauenbelange in allen Bereichen wesentlich stärker berücksichtigen. Ich bin allerdings nicht sehr optimistisch, was die Zukunft betrifft, weil wir aller Orten eher eine „Remaskulinisierung“ der Gesellschaft erleben, die sich auf vielerlei Weise äußert. Ich denke, dass auch die verstärkte Wettbewerbssituation in der Wirtschaft und mithin natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt Bedingungen schafft, unter denen Gleichheit oft eher zur Parole als zur Realität wird. Es bedarf angesichts der Wettbewerbsbedingungen be-

stimmter Ressourcen. Damit meine ich nicht nur Geld, sondern selbstverständlich auch Ausbildung, aber auch eine Ressource, die Frauen bis auf den heutigen Tag nur eingeschränkt zur Verfügung steht: nämlich die Selbstverständlichkeit, im öffentlichen Raum etwas tun zu wollen und das auch zu dürfen. Dieser Anspruch existiert auch heute noch mit Einschränkungen. Es bedarf der ständigen Rechtfertigung, warum man etwas will und warum man ein bestimmtes Ziel verfolgt. Hier habe ich den Eindruck, dass auch bestimmte familienpolitische Vorschläge, wie sie von der neuen Regierung vorliegen, eher zum Gegenteil dieser selbstverständlichen Freiheit führen.

Marin: Die Maskulinisierung ist in manchen Feldern stärker und in manchen Feldern schwächer ausgeprägt, und das Prestige der Felder steigt mit dem Anteil der Maskulinisierung. So gibt es auf den „harten“ Feldern wie Technik, Wirtschaft und Finanzen praktisch keine Frauen. Auf der anderen Seite gibt es Felder, in denen so gut wie alle Berufstätigen Frauen sind – beispielsweise Kindergärtnerinnen oder Volksschullehrerinnen. Diese geschlechtsspezifische

Segmentierung ist in jeder Hinsicht „ungesund“. Zu den angesprochenen Ressourcen gehört also nicht nur die Bildung, sondern auch eine gewisse kulturelle Selbstverständlichkeit. Genauso wie der private Raum auch mehr den Männern gehören sollte, müsste der öffentliche Raum mehr den Frauen gehören. Das ist aber noch lange nicht der Fall. Ich glaube, alles Gerede über Gleichstellung, über die Aufhebung der „gläsernen Decken“, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit – also all das, was wir seit 100 Jahren daherbeten – wird sich nicht ändern, wenn nicht die stille Revolution genutzt werden kann, die dahingehend stattfindet, dass wir immer weniger Arbeitszeit im Berufsleben verbringen und daher erstmals in der Geschichte ein Großteil der Arbeitszeit unbezahlter Arbeit gewidmet ist, weil die Hausarbeit eben nicht in gleicher Weise abgenommen haben wird wie die Berufsarbeit. Ich schließe darüber jede Wette ab: Wir werden in 50 Jahren dasitzen und unsere Kinder und Enkelkinder werden dieselben Debatten führen. Es wird sich im Großen und Ganzen nichts ändern, weil eine entscheidende Ressource, um sich im Wettbewerb zu bewähren, viel

frei verfügbare Zeit und Aufmerksamkeit ist. Und das ist nicht möglich, wenn man den Kopf etwa bei den kranken Kindern daheim hat. Und der einzige Umstand, der uns Männer dazu bringt, ein Stückchen mehr dieser unbezahlten Arbeit zu leisten, ist, dass Frauen berufstätig sind. Und je mehr sie berufstätig sind, desto mehr sind wir dann zähneknirschend bereit, zu kochen und zu bügeln. Wenn man nicht konsequent die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert, dann wird sich nicht wirklich etwas ändern.

Baumgartner-Gabitzer: Das ist ganz allgemein der entscheidende Punkt – nämlich, dass Frauen die Möglichkeit haben müssen, im Beruf zu bleiben, um selbständig zu sein. Das ist der eigentliche Kern von Frauenpolitik. Frauen müssen für sich verantwortlich sein. Männer müssen für sich verantwortlich sein. Ich sehe das Ganze dennoch nicht so negativ wie Sie beide. So gehen etwa die Entwicklungen im Management eher dahin, dass man den ganzheitlichen Fähigkeiten, die Frauen in stärkerem Maß mitbringen, zunehmend höheren Wert beimisst und diese bewusst im Unternehmen einsetzt.

Wir haben die gesetzliche Gleichstellung, wir haben in der Bildung gleichgezogen und jetzt kommen wir in die schwierigste Phase der Frauenpolitik, weil sich in den Köpfen der Leute vieles ändern muss.

Ulrike Baumgartner-Gabitzer

Marin: Frauen müssten aber noch viel mehr unabhängig davon wahrgenommen werden, dass sie Mütter und Familienmitglieder sind. Denn wenn man Frauen nur als Familienmitglieder und Mütter in den Blick bekommt – das gilt auch für die Politik –, dann verfehlt man eine entscheidende Dimension. Da würden Sie mir doch zustimmen?

Baumgartner-Gabitzer: Selbstverständlich, das ist auch meine volle Überzeugung. Ich glaube, man muss genau zwischen Familienpolitik und Frauenpolitik unterscheiden.

zeit_schritt: Dennoch ist ein mittelbarer Zusammenhang von Frauen- und Familienpolitik gegeben – nicht zuletzt, weil die familiäre Situation für viele Frauen von entscheidender Bedeutung ist – immer noch viel mehr als für die meisten Männer. Was muss sich also ändern? Was kann der Staat leisten?

Puntscher-Riekmann: Ein grundsätzliches Problem ist, dass wir, wenn wir von Frauenpolitik reden, dazu neigen, eine homogene Gemeinschaft von Frauen vorauszusetzen, die es so nicht gibt. Es ist illusorisch zu glauben, dass nicht auch Frauen sozial geschichtet sind, unterschiedliche Einkommen und unterschiedliche Positionen haben. Die

Frage ist, wie man diesen Unterschieden gerecht werden kann. Das zweite Problem, das wir hier sicher nicht lösen können, ist die Finanzierungsfrage. Was in einer Gesellschaft finanzierbar ist oder nicht, ist immer eine Frage des Konsenses dessen, was man sich in dieser Gesellschaft leisten will. Richtig ist aber auch, dass wir in diesen Bereichen nicht mehr so etwas wie eine nationalstaatliche Souveränität haben, dass also Lösungen zunehmend nur in einem europäischen Kontext gefunden werden können. Wenn es einen auf europäischer Ebene nicht nur artikulierten, sondern auch rechtlich verankerten Anspruch gibt, bestimmte Formen der Budgetpolitik durchzusetzen, schränkt dieser nationale Spielräume entsprechend ein.

Marin: „Hard budget constraints“ statt „soft budget constraints“ – dafür bin ich sehr. Man darf keinesfalls so leichtfertig wie in der Vergangenheit sein.

Puntscher-Riekmann: Einverstanden. Aber wir beginnen ja in der Geschichte niemals bei der Stunde null. Wir haben Systeme auf Grundlage bestimmter Interessen, wir haben eine bestimmte Form des Sozialsystems generiert. Das heißt daher aber auch, gegebenenfalls bestimmte Interessen zurückschneiden zu müssen – und das ist das Haupt-

problem. Dazu kommt dann noch die Unfähigkeit, vielleicht auch der Unwille, solche Dinge öffentlich konsistent zu argumentieren. Wir haben eine bestimmte Sozialquote und wie wir die umverteilen, bleibt in der Tat weitgehend dem Nationalstaat überlassen. Nachdem bislang die politische Kultur jene des beständigen Ausweitens war, ist das nun eben nicht mehr möglich. Ein ganz anderes Problem liegt darin, dass es in gewissen Bereichen zumindest keinen Fortschritt für Frauen in bestimmten Führungspositionen in diesem Land gibt. Das unterscheidet uns von anderen Ländern – trotz Frauenbewegung und der deklaratorischen Politik der letzten 30 Jahre. Wie man hier Strukturen aufbricht, ist eine offene Frage. In diesem Zusammenhang muss man bedenken, dass – wenn wir am Gleichheitsgrundsatz festhalten wollen – mit jeder Form von positiver Diskriminierung Probleme verbunden sind. Ich weiß, das ist ein problematisches Wort aus dem Munde einer Frau, aber meine Sorge gilt einfach der Umkehrung der Verhältnisse. Wenn wir sagen, Frauen müssen forciert in bestimmte Positionen – auch entgegen ihrer Qualifikation –, haben wir große Probleme. Ich erfahre das in Frauengruppen dennoch immer wieder als zentrale Forderung. Verzichten muss in einer bestimmten Situation aber immer ein real existierender Mann, der nicht

verantwortlich gemacht werden kann für eine Geschichte der Unterdrückung, die mehrere Jahrtausende alt ist. Es wird sozusagen nicht das Geschlecht bestraft, sondern in einer konkreten Entscheidung ein real existierender Mensch.

Marin: Ich bin auch ein Gegner von Quotenregelungen als Philosophie. Ich glaube aber auch, dass das Problem der Schwarzen in den USA außer durch temporäre Quotenpolitik und positive Diskriminierung nicht zu bewältigen war und ist. Das muss natürlich ein Beginn- und ein Ablaufdatum haben – und es muss bestimmte „benchmarks“ geben, die zu erreichen sind. Vorübergehend und in Fällen nachweislicher vergangener Diskriminierung ist also eine vorübergehende Quotenregelung sozusagen zumutbar.

Puntscher-Riekmann: Unabhängig von Qualitäts- oder Qualifikationsfragen?

Marin: Nicht unabhängig von Qualität, aber – wie auch immer die Formel heißen muss – bei gleicher Qualifikation wird ein bestimmter Bewerber bevorzugt.

Baumgartner-Gabitzer: Ich glaube auch, dass eine Philosophie der Quote auf Dauer kontraproduktiv ist: Wie kommen etwa qualifizierte

Frauen dazu, sich vorwerfen zu lassen, dass sie „in Wirklichkeit nur da sind, weil sie Frauen sind“? Trotzdem halte ich derartige Regelungen für einen bestimmten, begrenzten Zeitraum grundsätzlich für sinnvoll und auch notwendig

Puntscher-Riekmann: Dennoch habe ich auch Probleme mit der spezifischen Tendenz der Ausbildungs- und Berufswahl der Frauen. Obwohl sie sicher die großen Gewinnerinnen der Bildungsoffensiven der letzten Jahrzehnte sind, klinken sie sich bewusst in bestimmte „Soft“-Bereiche ein. Dass ich beispielsweise in meinen Lehrveranstaltungen zu „Institutionen und Verfahren der EU“ 90% Männer sitzen habe, halte ich für ein beunruhigendes Indiz.

zeit_schritt: Lassen Sie uns noch einmal zum Zusammenhang von bezahlter und unbezahlter Arbeit zurückkommen. Gerade angesichts der bereits erwähnten zunehmenden Bedeutung unbezahlter Arbeit schlagen etliche Sozialexperten vor, die Erwerbsbiographiekoppelung von Sozialleistungen teilweise in Frage zu stellen. Wie bewerten Sie diese Überlegung? Und wie bewusst wird diese Entkoppelung mit dem „Karengeld für alle“ verfolgt?

Marin: Das ist eine zentrale Frage. Koppelung und Entkoppelung

sozialstaatlicher Maßnahmen vom Erwerb – beides ist notwendig. Und dennoch müssen wir bedenken, dass unser Wohlstand und unsere hohen Sozialstandards auf der starken Erwerbsorientierung unserer Gesellschaft basieren. Wir müssen uns daher entscheiden: Ich kann nicht gleichzeitig mediterrane Erwerbsquoten und skandinavische Sozialstandards haben. Die Entkoppelung ist bei uns bereits weitgehend der Fall, zum Teil sogar in problematischem Ausmaß. Für Geldleistungen des Staates gibt es nur zwei Rechtfertigungen: Er oder sie braucht sie, oder er oder sie hat dazu auf Basis des Beitrags- oder Versicherungsprinzips beigetragen – alles andere wäre systemfremd. Etwas Drittes fällt mir nicht ein – außer ich wäre ideologisch festgelegt, wie es die Kommunisten und Nationalsozialisten waren. Das Ergebnis wären dann etwa monetäre Mutterkreuze. Die Beschränkung des nationalen Spielraumes in der Budgetpolitik sehe ich in diesem Kontext durchaus positiv. Mir würde sogar ein radikales „zero budgeting“ gefallen. Fangen wir doch an, die Sozialleistungen – etwa auch die 314 Milliarden Schilling Familienleistungen – neu zu deklinieren und festzustellen, wer was mit welchem Ziel bekommen soll. Dann könnten wir mit den horrenden Summen, die wir ohnehin schon ausgeben – wie etwa mit den enor-

Genauso wie der private Raum auch mehr den Männern gehören sollte, müsste der öffentliche Raum mehr den Frauen gehören.

Bernd Marin

men Summen für die oft unberechtigten Frühpensionen – wirklich etwas Sinnvolles machen. Dann müsste man aber natürlich auch in bestehende Rechte eingreifen und davon abkommen, das Bestehende einfach ewig fortzuschreiben.

Puntscher-Riekmann: Es ist scheinbar ein unaufhebbares Grundgesetz der Politik, derartige Leistungen nur erbringen zu können, wenn der Druck entsprechend hoch ist. Politik hat einfach so etwas unendlich Konservatives.

Marin: Da sind harte Budgetbeschränkungen oft sehr hilfreich. Wenn das Geld aus ist, muss man anfangen zu denken und zu handeln.

Baumgartner-Gabitzer: Es ist aber in der Politik leider so, dass man nicht auf der „grünen Wiese“ anfangen kann.

zeit_schritt: Wie beurteilen Sie in diesem Kontext das neue Familienpaket?

Baumgartner-Gabitzer: Das sehe ich vor allem unter dem Gerechtigkeitsaspekt, da soziale Gruppen wie Studentinnen, Hausfrauen, Bäuerinnen und Gewerbetreibende nun genauso Karengeld bekommen. Hinter dieser Position der ÖVP

steht jedenfalls keineswegs – wie immer wieder unterstellt – der Gedanke, die Frauen zurück an den Herd zu treiben.

Marin: Warum nimmt man das nicht aus Steuergeldern? Warum bürdet man das der Versicherungsgemeinschaft auf? Das schafft Gerechtigkeitsprobleme, verstößt gegen das Beitragsprinzip und untergräbt den Erwerbsanreiz. Wir können uns gewisse Standards einfach nicht leisten, wenn wir extrem hohe Frühverrentungs- und Drop-out-Raten haben. Mittlerweile ist die Drop-out-Rate junger Mütter nach der Baby-pause in Österreich eine der höchsten weltweit. Zwei von drei Frauen kommen länger nicht und eine von dreien nie wieder in den Beruf zurück. Ich glaube, dass die aktuelle Familienpolitik in eine falsche Richtung geht. Eine grundsätzliche Debatte müsste man führen und etwa über kürzere, aber höhere Ersatzraten nachdenken. Damit könnte beispielsweise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden. Mir scheint, dass man gegenwärtig eher im Blindflug – nach dem Motto „Darf’s ein bisserl mehr sein?“ – agiert, statt sich mit den Wirkungszusammenhängen auseinanderzusetzen.

Baumgartner-Gabitzer: Ich glaube, daß es gerade am Anfang ei-

Verzichten muss in einer bestimmten Situation aber immer ein real existierender Mann, der nicht verantwortlich gemacht werden kann für eine Geschichte der Unterdrückung, die mehrere Jahrtausende alt ist.

Sonja Puntscher-Riekmann

ner Legislaturperiode sehr notwendig wäre, diese Fragen durchaus grundsätzlich zu diskutieren. Andererseits ist aber in der Politik auch rasches Handeln und das Anbieten von Lösungen gefragt – mit allen Vorbehalten des möglichen Irrsens.

Marin: Manchmal ist Unterlassen besser als falsches Handeln. Ich muss große Vorhaben gut vorbereiten und auf einer breiten Konsensbasis umsetzen – und das braucht eben Zeit. Hohe soziale Konfliktkosten, aber wenig Ergebnisse – wie bei der Pensionsreform 1997 – sollte man sich jedenfalls ersparen.

Baumgartner-Gabitzer: Dazu braucht man aber eine gewisse politische Kultur und das ist auch genau das Problem bei der Frauenpolitik. Wir haben die gesetzliche Gleichstellung, wir haben in der Bildung gleichgezogen und jetzt kommen wir in die schwierigste Phase der Frauenpolitik, weil sich in den Köpfen der Leute vieles ändern muß. Frauen müssen selbständig und unabhängig sein und das auch durchsetzen können. Das setzt aber auch eine bestimmte Erziehung voraus und verlangt Persönlichkeit. Frauen müssen auch Nein sagen können.

Marin: Dazu braucht man allerdings auch Rollenbilder, so wie Sie beide.

Puntscher-Riekmann: Eine gewisse Konfliktfreudigkeit, die auch beinhaltet, dass man einen Kampf verlieren kann und von vorne beginnen muss – das ist etwas, was einem Mädchen nicht beigebracht wird. Der normale Umgang mit Konflikten – das ist das Leben. Die langsame Aufweichung der Rollenbilder beginnt allerdings nur in einer kleinen Schicht.

Baumgartner-Gabitzer: Das stimmt. Wir gehören hier sicher zu den privilegierten Frauen. Was aber außerdem bedacht werden muss, ist die Tatsache, dass wir es auch mit einem Problem des Überanspruchs zu tun haben – Frauen wollen oder müssen überall perfekt sein. Hier muss man auch den Mut haben zu sagen, das kann ich nicht, hier bin ich nicht perfekt, das geht sich nicht aus.

zeit_schritt: Wo kann man angesichts der geschilderten Probleme Ansätze für sinnvolle Frauenpolitik – jenseits der individuellen Bewältigungsstrategien und jenseits der Familienpolitik – finden?

Baumgartner-Gabitzer: Die Vorbilder spielen da eine ganz entscheidende Rolle. Das muss von den Lehrunterlagen bis zum realen Leben reichen. Ich finde es beispielsweise wichtig, dass die ÖVP-Spitze ganz bewusst Frauen in Positionen holt.

Ich beneide nach wie vor die Grünen um ihre Frauenquote, die gibt es bei uns leider nicht. Es ist aber ebenso wichtig, dass sich Frauen solidarisieren – auch parteiübergreifend. Sonst sehe ich über das Gesagte hinaus eher begrenzte Möglichkeiten der Politik.

Marin: Warum hat man sich vor einigen Jahren zum Beispiel über die „Halbe-Halbe-Kampagne“ der damaligen Frauenministerin lustig gemacht? Es hat unter den Männern geradezu einen öffentlichen Wettlauf darum gegeben, wer am ungeschicktesten im Haushalt ist. Warum aber protzt man mit etwas, wofür man sich eigentlich genieren müsste? Welches gesellschaftliche Klima herrscht hier, wenn etwa die Väterkarenz belächelt wird und als karriereschädigend gilt? Man muss das aus dem Bereich des lachhaften „Schlappis“ und „Müslifressers“ herausnehmen. Wenn wir erstrebenswertes Verhalten lächerlich machen, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass Männer keine Lust haben, sich quasi öffentlich kastrieren zu lassen.

Puntscher-Riekmann: Genau so ist es. Es geht nicht nur um das Bild der Frauen, sondern auch um das Bild der Männer. Was ist männlich? Sicher ist Hausarbeit weder besonders glamourös, noch gehört sie zu den angenehmsten

Tätigkeiten. Es wird kritisiert, wenn sie nicht geleistet wird, aber sie bringt auch keine Anerkennung. Die Möglichkeiten des Gesetzgebers sind hier natürlich relativ. Die Frage der Erziehung der Kinder spielt aber eine ganz zentrale Rolle.

Marin: Richtig. Hausarbeit ist unsichtbar und daher unbezahlt und unbedankt. Eine partnerschaftlich orientierte Frauen- und Familienpolitik muss eine Bewußtseinsänderung herbeiführen. Ein partnerschaftliches Klima muss endlich Selbstverständlichkeit werden. ▣

Das Gespräch führten Elisabeth Anselm und Christian Brüser.

Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Dr. iur. 1983, Leitung des Kabinetts des BM für wirtschaftliche Angelegenheiten 1988–1991, Leitung des Kabinetts von Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel 1995–1997; seit 1999 Abgeordnete zum Nationalrat.

Sonja Puntscher Riekmann, Politikwissenschaftlerin, Leiterin der Forschungsstelle für institutionellen Wandel und europäische Integration der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Univ.-Doz. für Politikwissenschaft (Wien, Innsbruck), Mitglied des ORF-Kuratoriums.

Bernd Marin, Direktor des mit den Vereinten Nationen verbundenen Europäischen Zentrums in Wien, zuvor Professor of Comparative Political and Social Research am European University Institute (EUI), der EU-Universität in Florenz.